

Niederschrift

Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 30.07.2020
Beginn: 17:30 Uhr
Ende: 18:55 Uhr
Sitzungsort: Beratungsraum 1a/b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Anwesend

Vorsitz
Felix Winter

reguläre Mitglieder

Thoralf Sens	ab TOP 4.2 (17.50 Uhr)
Jutta Reinders	
Mathias Krack	
Henning Wüstemann	
Sandra Wandt	ab TOP 4.2 (17.50 Uhr)
Roger Schmidt	Vertretung für: Axel Tolksdorff
Peter Schmidt	Vertretung für: Peter Massel
Torsten Gebert	Vertretung für: Chri- stoph Eisfeld
Falko Schulz	
Holger Frank	

Abwesend

reguläre Mitglieder

Axel Tolksdorff	entschuldigt
Peter Massel	entschuldigt
Christoph Eisfeld	entschuldigt

Verwaltung:

Corina Kamke	Leiterin Kämmereiamt
Laura Gember	Kämmereiamt

Andreas Adler	Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt
André Beutel	Zentrale Steuerung
Ines Rubin	Tiefbauamt
Dr. Ute Fischer-Gäde	Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
Franziska Nagorny	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen
Thomas Werner	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Gäste:

Sabine Krüger	Bündnis 90/ Die Grünen
Jan Bleis	RSAG

Interessierte Bürger

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2020
- 4 Anträge
 - 4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund) Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung" **2020/AN/0874**
ungeändert beschlossen
 - 4.1.1 Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung" **2020/AN/0874-01 (SN)**
zur Kenntnis genommen
 - 4.1.2 Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung" **2020/AN/0874-03 (ES)**
zur Kenntnis genommen
 - 4.2 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP), Chris Günther (für die CDU/UFR Fraktion) und Thoralf Sens (für die Fraktion der SPD): Formwechsel der Rostocker Straßenbahn AG **2020/AN/1099**
geändert beschlossen
 - 4.3 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Gebührenordnung für Anwohnerparken **2020/AN/1170**
ungeändert beschlossen
- 5 Beschlussvorlagen

- | | | |
|-----|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------|
| 5.1 | Maßnahmepaket zugunsten der regionalen Wirtschaft | 2020/BV/1139
ungeändert beschlossen |
| 5.2 | Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im TH 66 im Finanzhaushalt 2020 für die Maßnahme 6654101201300513 - Umgestaltung Markt Reutershagen in Höhe von 270 TEUR | 2020/BV/1150
ungeändert beschlossen |
| 6 | Informationsvorlagen | |
| 6.1 | Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.06.2020 | 2020/IV/1188
zur Kenntnis genommen |
| 7 | Verschiedenes | |
| 8 | Schließen der Sitzung | |

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Verschiedenes

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Finanzausschusses eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit zunächst neun anwesenden Ausschussmitgliedern ist die Beschlussfähigkeit gegeben

2 Änderung der Tagesordnung

Die Erweiterung der Tagesordnung um die mit Nachtrag aufgenommenen Tagesordnungspunkte 4.3 (2020/AN/1170) und 5.2 (2020/BV/1150) wird einstimmig beschlossen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor.

3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 04.06.2020

Die Niederschrift der Sitzung vom 04. Juni 2020 wird einstimmig genehmigt.

4 Anträge

4.1 Dr. Sybille Bachmann (für die Fraktion Rostocker Bund)**2020/AN/0874****Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung"**

Der Vorsitzende informiert über die Ergänzung zur Stellungnahme zum vorliegenden Antrag, welche kurz vor der Sitzung freigegeben wurde.

Die Mitglieder des Ausschusses diskutieren rege über den Inhalt und mögliche Auswirkungen des Antrages.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Ministerium für Inneres und Europa MV (kommunale Rechtsaufsicht) nach Wegen zur Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses 2018/AN/4078 Erbbaurecht vor Veräußerung zu suchen. Das Ergebnis der Bemühungen ist der Bürgerschaft vorzulegen.

Abstimmung:

Dafür:	5
Dagegen:	4
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

4.1.1 Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung"**2020/AN/0874-01 (SN)**

4.1.2 Umsetzung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Prinzip "Erbbaurecht vor Veräußerung"**2020/AN/0874-03 (ES)**

**4.2 Julia Kristin Pittasch (FDP), Christoph Eisfeld (FDP), Chris Günther (für die CDU/UFR Fraktion) und Thoralf Sens (für die Fraktion der SPD):
Formwechsel der Rostocker Straßenbahn AG****2020/AN/1099**

Herr Schmidt (Rostocker Bund) gibt den Hinweis, dass im Antrag keine finanziellen Auswirkungen enthalten seien.

Der Vorsitzende ergänzt, dass, obwohl es sich um einen Prüfauftrag handeln sollte, bereits mit der notariellen Beurkundung Kosten entstünden. Zudem sei nicht klar, warum auf einen Umwandlungsbericht verzichtet werden sollte.

Herr Gebert, Herr Sens und Frau Wandt erläutern die Gründe für die Einbringung des Antrages. Bei einer Aktiengesellschaft sei die Möglichkeit zur politischen Einflussnahme deutlich geringer als bei einer GmbH. Da es sich um einen Betrieb handele, welcher die kommunale Daseinsvorsorge sicherstellt, sollte dieser auch durch die Bürgerschaft gesteuert werden können.

Die Mitglieder des Ausschusses führen eine rege Diskussion.

Herr Beutel, Leiter der Zentralen Steuerung, informiert, dass die Verwaltung zu vorliegendem Antrag bereits eine Stellungnahme erarbeitet habe, diese sei lediglich noch nicht freigegeben. Grundsätzlich sei ein Formenwechsel der RSAG möglich. Ein erster Prüfbericht könne bis Oktober vorgelegt werden. Eine tatsächliche Umfirmierung würde jedoch nicht vor dem Jahr 2022 umgesetzt werden können.

Herr Bleis, Vorstandsmitglied der RSAG, nimmt umfangreich Stellung zum Antrag. Obwohl die Auslastung des Nahverkehrs wieder rund 80 % betrage, kämpfe das Unternehmen nach wie vor mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie. Insofern sei es ein ungünstiger Zeitpunkt für einen solchen Antrag. Allein für die Prüfung müsse mit Kosten von ca. 100,0 TEUR gerechnet werden. Bei einer tatsächlichen Umfirmierung würden weitere Kosten in Höhe von bis zu 500,0 TEUR anfallen.

Herr Bleis informiert, dass die RSAG gerne bereit sei weitere Gespräche mit den Fraktionen und Bürgerschaftsmitgliedern zu vorliegendem Antrag zu führen.

Der Vorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Vertagung des Tagesordnungspunktes, da noch weiterer Abstimmungs- und Erörterungsbedarf bestünde.

Der Antrag wird mit sechs Gegenstimmen und fünf Stimmen dafür abgelehnt.

Anschließend stellt der Vorsitzende den Änderungsantrag, dass der Satz „ Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, das Einverständnis zum Verzicht auf einen Umwandlungsbericht sowie eine Vermögensaufstellung notariell beurkunden zu lassen.“ (Satz 4) des Beschlusstextes ersatzlos gestrichen wird.

Der Änderungsantrag wird mit zehn Stimmen dafür bei einer Enthaltung angenommen.

Anschließend lässt der Vorsitzende den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, als Gesellschafter alle notwendigen Schritte mit der Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH (RVV) abzustimmen und zu prüfen, wie ein Formwechsel der Rostocker Straßenbahn AG in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung im Geschäftsjahr 2020 vorgenommen werden kann. Dabei sind die zeitlichen Abläufe ebenso zu berücksichtigen wie die juristischen und finanziellen sowie steuerlichen Auswirkungen.

gen. Daneben sollen die notwendigen Gremienbeteiligungen (Betriebsrat u. a.) dargestellt werden. Der Oberbürgermeister wird weiterhin beauftragt, das Einverständnis zum Verzicht auf einen Umwandlungsbericht sowie eine Vermögensaufstellung notariell beurkunden zu lassen. Die Bürgerschaft ist in ihrer Sitzung im Oktober über die Möglichkeit einer Vollziehung des Formwechsels zu informieren. Hierbei ist insbesondere auf den Werthaltigkeitsnachweis, den finanziellen Aufwand des Formwechsels sowie die steuerlichen Auswirkungen im steuerlichen Querverbund der RVV abzustellen.

Abstimmung:

Dafür:	5
Dagegen:	4
Enthaltungen:	2

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

4.3 Uwe Flachsmeyer (für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2020/AN/1170

Gebührenordnung für Anwohnerparken

Der Vorsitzende begründet den eingebrachten Antrag. Die Hanse- und Universitätsstadt Rostock solle hier grundsätzlich ihre Möglichkeit der Selbstverwaltung ausschöpfen. Auf Nachfrage bestätigt Frau Kamke, Leiterin des Kämmereiamtes, das nach dem Kommunalen Abgabengesetz (KAG M-V) Gebühren grundsätzlich kostendeckend zu erheben seien. Es ist davon auszugehen, dass der Gesetzgeber bei der bisherigen Ausstellung der Anwohnerparkausweise hier eine Ausnahme vom Äquivalenzprinzip der Gebühren zulasse.

Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Landesregierung MV dafür einzusetzen, dass die Ermächtigung zur Festsetzung einer Gebührenordnung für Anwohnerparkausweise so schnell wie möglich auf die Kommunen übertragen wird.

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	1
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

5 Beschlussvorlagen

Die Mitglieder des Ausschusses stellen den Zusammenhang zwischen den vorgelegten Maßnahmen und den tatsächlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie in Frage.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Die Bürgerschaft beauftragt den Oberbürgermeister mit der Umsetzung des Maßnahmenpakets zur Abschwächung der Folgen der COVID-19-Pandemie und zugunsten der regionalen Wirtschaft (Anlage).

Abstimmung:

Dafür:	7
Dagegen:	1
Enthaltungen:	3

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

5.2 Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung im TH 66 im Finanzhaushalt 2020 für die Maßnahme 6654101201300513 - Umgestaltung Markt Reutershagen in Höhe von 270 TEUR

Frau Kamke erläutert auf Nachfrage, dass die Deckung in diesem Fall auf Haushaltsresten aus Vorjahren bereitgestellt werde. Insofern erfolge hier kein Vorgriff auf Haushaltsmittel des aktuellen Jahres, daher sei eine Bewilligung möglich.

Frau Rubin, Mitarbeiterin im Tiefbauamt, begründet die unvorhergesehenen Mehrauszahlungen für die Maßnahme.

Beschluss:**Beschlussvorschlag:**

Die Zustimmung zur überplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt in 2020 für die Maßnahme 6654101201300513 – Umgestaltung Markt Reutershagen in Höhe von 270 TEUR wird erteilt. Die überplanmäßige Auszahlung für die Maßnahme 6654101201300513 – Markt Reutershagen in Höhe von 270 TEUR Produkt: 54101 Gemeindestraßen, Produktkonto 78532001 wird gedeckt durch Minderauszahlungen in Haushaltsausgaberesten (HAR) in Produkt 54101 Gemeindestraßen Maßnahme 6654101201201508 – Lichtenhäger Brink im Produktkonto 78532001 in Höhe von 90 TEUR sowie Minderauszahlungen (HAR) in Produkt 54400 Bundesstraßen Maßnahme 6654400201500211 – Kreuzungsbauwerk B 103/B 105 Evershagen im Produktkonto 78532000 in Höhe von 180 TEUR.

Abstimmung:

Dafür:	11
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	X
Abgelehnt	

6 Informationsvorlagen

6.1 Bericht über den Haushaltsvollzug zum 30.06.2020

2020/IV/1188

Der Vorsitzende dankt für die Vorlage des Berichtes.

Frau Kamke informiert, dass das Land 120,0 Mio. EUR im Jahr 2020 zur Abfederung der Verluste bei der Gewerbesteuer an die Kommunen ausreichen werde. In den Haushaltsfolgejahren sei jedoch mit weiteren Einbußen zu rechnen, da die Verluste bei der Gewerbesteuer, Einkommenssteuer sowie Umsatzsteuer zeitverzögert in den Kommunen auftreten.

Der Vorsitzende fragt, worin die Kostensteigerungen bei der Straßenbeleuchtung, obwohl die Stadt bereits teilweise auf sparsame LED Beleuchtung umgestellt habe, begründet seien.

Darüber hinaus wird erfragt, ob der aktuelle Baustopp der Elektrofähre sich auch auf die Zeitplanung der Gesamtmaßnahme (Fähranleger) auswirken werde.

Beide Antworten werden durch die Verwaltung bei den Fachbereichen eingeholt und mit dem Protokoll nachgereicht.

7 Verschiedenes

8 Schließen der Sitzung

gez. Dr. Felix Winter
Vorsitzender des Finanzausschusses

gez. Laura Gember
Schriftführerin